

Leitbild
Der Sozialdemokratischen Partei
für die Stadt Olten

Verfasst von: Peter Gomm, Georg Hasenfratz, Ruedi Heutschi, Rahel Kamber, Barbara Milanißrd, Markus Neuenschwander
Fotos: Franz Gloor

Olten, 1996

Stadtbild

Olten, eine Stadt mit Geschichte - einer unspektakulären Vorgeschichte und einer stürmischen Entwicklung während der letzten 150 Jahre. Olten, dank Verkehrsgunst und Industrialisierung Eisenbahnerstadt, Konferenzstadt, eine Industrie- und Dienstleistungsstadt. Olten, eine Stadt auch mit Zukunft.

Die Sozialdemokratische Partei hat in Olten eine starke Stellung. Die SP hat die Geschicke von Olten mitbestimmt, die SP nimmt ihre Verantwortung auch für die Zukunft wahr. Mit der Bevölkerung, für die Bevölkerung, setzt sich die SP in demokratischer Selbstbestimmung dafür ein, dass Olten eine Stadt mit hoher Lebensqualität für alle wird.

Für den politischen Einsatz im Alltag braucht es Leitlinien und Ziele, konkrete Absichten für die nahe, Utopien für die fernere Zukunft. Ohne vernetzte Handlungsanleitung, ohne zündende Visionen bleibt politisches Handeln orientierungsloses Reagieren auf Sachzwänge. Mit dem vorliegenden Leitbild legt die SP Olten ihre Ideen auf den Tisch und lädt zur Diskussion und Mithilfe bei deren Verwirklichung ein.

Die industrielle Revolution hat uns Wohlstand gebracht, aber in die ökologische Sackgasse geführt. Die Produktivitätssteigerung macht Arbeit für alle unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen zur Illusion. Die bürgerliche Revolution hat die Grundsätze «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit» in den Verfassungen zwar festgeschrieben, nicht aber im Leben umgesetzt; sie ist gescheitert. Gescheitert ist aber auch der dirigistische Sozialismus osteuropäischer Prägung.

In beharrlicher Kleinarbeit hat die SP für bessere Lebensumstände und für soziale Gerechtigkeit gekämpft und viel erreicht. Die strukturellen Defizite der öffentlichen Hand und die Abkehr vom Gemeinwohl drohen das Rad zurückzudrehen. Auf stetes Wirtschaftswachstum lässt sich nicht mehr bauen.

Es ist Zeit für eine Standortbestimmung und für einen Aufbruch. Die Verantwortung für Olten lässt sich nicht delegieren, nicht an das SPS-Programm, nicht an Europa und nicht an den Stadtrat. Die SP Olten will eine soziale und ökologische Gesellschaft, für die die Gleichstellung von Mann und Frau Wirklichkeit ist.

Neoliberalen, die unter dem Deckmantel des Gemeinwohles höheren Gewinn für Einzelne auf Kosten der sozialen Sicherheit erwirtschaften wollen, erteilt die SP Olten eine klare Absage. Grundlage und Vorteil des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist ein Gesellschaftsvertrag, der allen, auch den weniger Leistungsfähigen, soziale Sicherheit zukommen lässt.

Das vorliegende Leitbild enthält eine Standortbestimmung und Zielsetzungen. Im Bewusstsein, dass sich die Zeiten wieder ändern, ist es nötig, Ziele zu formulieren und konkrete Massnahmen zu fordern. Die SP Olten lässt sich auf ihre Ziele festlegen und will gleichzeitig offen sein für Änderungen. Das Leitbild trägt dieser Einsicht Rechnung, indem es langfristige Grundsätze und Ziele und pragmatische Lösungsvorschläge auseinanderhält.

Eine wichtige und schmerzliche Erkenntnis der letzten Jahrzehnte, der Wachstumszeit, war die Einsicht, dass gutgemeinte Einzelmassnahmen allzuoft fatale Folgen auslösten. Ganzheitliches und vernetztes Denken ist unabdingbar. Trotzdem verlangen Analyse und Massnahmenkatalog nach einer Strukturierung. Das Leitbild trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem Themen im Stammbereich behandelt werden. Verweise zeigen die Zusammenhänge auf, die nicht vernachlässigt werden dürfen.

Probleme verlangen nach Lösungen. Probleme wurzeln in der Vergangenheit. Wenn Lösungen nur aus den Problemen heraus angegangen werden, besteht die Gefahr, in der Vergangenheit zu verharren. Gesucht sind Lösungen, die der Zukunft standhalten; Lösungen, die sich an Zielen orientieren und die Stadt Olten weiterbringen.

Arbeit und Wirtschaft

- Die SP fördert die Entwicklung einer demokratischen, sozial gerechten, ökologisch verantwortungsvollen und ökonomisch optimierten Wirtschaft. Sie soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Insbesondere ist heute angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums und der Endlichkeit des Marktes Arbeit und Einkommen neu zu organisieren.
- *Umwelt*
- *Soziale Sicherheit* Sinnvolle Arbeit, mit der sich eine menschenwürdige, selbstbestimmte Existenz aufbauen lässt, muss allen Mitgliedern der Gesellschaft möglich sein. Sogenannte Sockelarbeitslosigkeit ist durch eine neue Aufteilung der vorhandenen Arbeit zu beseitigen. Die SP bekämpft vehement die Entstehung einer Zwei-Drittels-Gesellschaft, die sich laut Steuerstatistik auch in Olten abzeichnet.
- Da die Wirtschaft zunehmend global organisiert ist, sind den kommunalen Einflussmöglichkeiten deutliche Grenzen gesetzt. Dies hindert die SP nicht daran, zukunftssträchtige Lösungsansätze zu unterstützen und mitzugestalten, dies umso mehr, als sich global entsprechende Tendenzen (WTO/GATT-Abkommen, IWF-Kursänderung, Klimakonferenzen) abzeichnen. Zudem hat jede Gemeinde bereits heute Möglichkeiten, konkrete Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.
- *Verwaltung* Die Stadt Olten betreibt eine aktive Wirtschaftspolitik als Arbeit- und Auftraggeberin und in der Wirtschaftsförderung. Das eigene beispielhafte Verhalten soll auf die Privatwirtschaft ausstrahlen.
- *Soziale Sicherheit*
→ *Gleichstellung* Die Stadt Olten soll auch als faire Arbeitgeberin Vorbildwirkung haben, indem sie neue Arbeitsmodelle fördert. Lebensarbeitszeit und Rentenalter sind herabzusetzen und flexibel zu gestalten. Nichtbezahlte Arbeit für das Gemeinwohl ist in die Lebensarbeitszeit aufzunehmen. Job Sharing und Teilzeitstellen müssen selbstverständlich werden. Horizontale Arbeitsteilung, Teamarbeit und ganzheitliche Pflichtenhefte sind zu fördern. Aus- und Weiterbildung sind auszubauen, wobei soziale und persönliche zu fachlicher Kompetenz gleichwertig sind. Karriereplanung und Arbeitsplatzsicherheit sind ebenso Führungsinstrumente wie eine offene Beurteilung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Lohnparität zwischen Frau und Mann ist ebenso verpflichtend wie eine gezielte Frauenförderung.
- *Planung* Die Stadt bietet der Wirtschaft zahlreiche Dienstleistungen an. Insbesondere durch die Planungstätigkeit und durch das Baubewilligungsverfahren bietet sie der Wirtschaft und im speziellen der Bauwirtschaft die nötigen Grundlagen und den Rahmen für eine sinnvolle Entwicklung. Diese Dienstleistungen sollen speditiv, im Interesse des Gemeinwohls und zu realen Gebühren erbracht werden.
- *Verwaltung* Die Stadt hat als Auftraggebern Einfluss. Diesen gilt es mit einer Submissionsordnung zugunsten gesamtarbeitsvertrags-konformer Arbeitsverhältnisse, neuer Arbeitsformen, des ökologischen Umbaus und der Stadtfinanzen auszunützen. Dies setzt voraus, dass in den eigenen Betrieben die verlangten Grundsätze vorgelebt werden.
- *Planung* Für die Wirtschaftsförderung sind ein Leitbild, eine zugunsten des Gemeinwohls steuernde Zonenplanung, eine aktive Liegenschaftspolitik und eine eigene Wirtschaftsförderungsstelle die Handlungsinstrumente. Die Wirtschaftsförderung ist einer nachhaltigen, innovativen Entwicklung in den Bereichen Stadtentwicklung Energie, Oekologie, Arbeit, soziale Sicherheit und Bildung zu verpflichten.
- *Soziale Sicherheit* Die Stadt verhält sich bei Investitionen und als Arbeitgebern antizyklisch. Die Stadt trifft Vorkehrungen für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Zusammenarbeit mit Region und Kanton schafft sie flexible Strukturen, um Arbeitslosen ganzheitliche Beratung, Betreuung, Vermittlung, sinnvolle Weiterbildung und Beschäftigungsprogramme anbieten zu können.

Massnahmen

- Revision der Arbeits- und Gehaltsordnung der Stadt Olten, damit neue Arbeitsformen selbstverständlich werden
- Fachstelle für Personalbetreuung, die neue Arbeitsformen fördert, die fachliche, soziale und persönliche Kompetenz der Beschäftigten durch gezielte Weiterbildung steigert und die Gleichstellung der Geschlechter überwacht
- Fachstelle für Wirtschaftsförderung, die sich nicht dem Selbstregulierungsgedanken hingibt Wirtschaftsleitbild
- Zonenplanung: Im Rahmen der kantonalen Planung ist die Ortsplanung anzupassen. Zonenplanung erfolgt nach Bedarfszielen. Sie soll zukunftsorientiert sein. Dies bietet die Chance, die ökologischen, sozialen, bildungspolitischen, verkehrspolitischen und ökonomischen Gesichtspunkte gleichermaßen den heutigen Erfordernissen entsprechend zu berücksichtigen.
- Die Stadt erwirbt Liegenschaften und stellt sie Unternehmungen zur Verfügung, die sozialverträglich, ökologisch und fortschrittlich produzieren oder auf diese Weise Dienstleistungen anbieten
- Konzept Konjunkturmassnahmen
- Konzept Liegenschaftspolitik
- Submissionsverordnung ändern. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen erfolgt nur noch an Firmen, die sich verpflichten, die Gesamtarbeitsverträge einzuhalten. Die Ausschreibung von Arbeiten erfolgt auf einem hohen umweltverträglichen Niveau, das eine nachhaltige Bauqualität garantiert.
- Die Stadt Olten erarbeitet ein Finanzmodell zur Ansiedlung von sozialverträglichen und ökologischen Unternehmungen
- Die Stadt Olten fördert Zwischennutzungen in Industrie- und Gewerbebezonen, die ungenutzte Flächen aufweisen (z.B. Unilever, Bernex etc.)

Gleichstellung

Gleichstellung beginnt im Kopf. Die Umsetzung von Massnahmen zur Gleichstellung von Frau und Mann kann Konflikte auslösen. Konflikte entstehen dort, wo Gewohntes, Bequemes, vermeintlich gut Eingespieltes zugunsten von Alternativen und neuen Formen überprüft wird. Eine Gleichstellung der Geschlechter in allen verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens herbeizuführen, hat deshalb viel mit dem Bewusstsein für den bestehenden Zustand und dem Willen, in der Veränderung die Vorteile zu entdecken, zu tun.

Sprache ist ein Instrument der Verständigung zwischen Menschen. Die natürliche und soziale Umwelt werden damit erfasst und geordnet. Jede Gesellschaft drückt ihr Verhältnis zu ihren einzelnen Gruppen auch damit aus, ob und wie sie diese in ihrer Sprache - beispielsweise in der Gesetzessprache - berücksichtigt. Die konsequente Anwendung einer geschlechtsneutralen Sprache sowohl im Alltag, als auch in Gesetzen und Verordnungen fördert die Gleichstellung daher ganz wesentlich. Behörden und Verwaltung sollen hier Vorbildfunktion übernehmen, aber auch die SP Olten steht hier als Partei in der Verantwortung.

→ *Sprache*

→ *Verwaltung*

Das Konzept des Ehemannes als Ernährer mit Ehefrau und Kindern als wirtschaftlich Abhängige ist heute als alleinige gesellschaftliche Grundlage überholt. Trotzdem dient es in den Bereichen Bildung, Erwerbsarbeit, Familie, Erziehung noch weitgehend als Ausgangspunkt gesetzlicher Regeln. Die Betreuungs- und Erziehungsarbeit muss der traditionellen Lohnarbeit gleichgestellt werden. Voraussetzung dafür ist, dass beide Arbeitsformen sozialversicherungsrechtliche Konsequenzen auslösen. Die Schaffung von Teilzeitstellen auf allen Hierarchiestufen erleichtert die Überwindung der geschlechtsspezifischen Zuordnung von Erwerbsarbeit und unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit. Daneben müssen ausreichende Einrichtungen für Kinderbetreuung geschaffen werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für die SP Olten eine Selbstverständlichkeit.

→ *Soziale Sicherheit*

→ *Verwaltung*

→ *Finanzen*

Das Sozialversicherungssystem muss vom 'Ernährer-Prinzip' losgelöst und zivilstandsunabhängig ausgestaltet werden. Heute werden viele verschiedene Formen des Zusammenlebens praktiziert. Formen des Zusammenlebens, die ausserhalb des Schemas Vater-Mutter-Kind, gebunden an den Begriff der Ehe, liegen, werden jedoch rechtlich wie moralisch nach wie vor als "unvollständige Rumpffamilien" betrachtet. Im Hinblick auf die Probleme, die mit unserer demografischen Entwicklung entstehen werden, dürften jedoch gerade Lebensformen ausserhalb der Kleinfamilie in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Alleinerziehende, Konkubinatspaare und gleichgeschlechtlichen Formen des Zusammenlebens dürfen daher nicht benachteiligt und ausgegrenzt werden. In der Gesetzgebung ist der unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeit der individuellen Lebensformen Rechnung zu tragen.

→ *Soziale Sicherheit*

Die geschlechtsspezifische Sozialisierung beginnt mit dem Tag der Geburt. Schrift für Schritt lernen Knaben im Sozialisierungsprozess eher Leistungsverhalten, Durchsetzungskraft, Intellekt und gesellschaftlichen Status als wichtige Normen kennen, während Mädchen soziale und emotionale Kompetenzen erwerben. Nach wie vor ist die schulische Sozialisation mit den gängigen Lehrmitteln geprägt von Geschlechterstereotypen. Dies hat Konsequenzen für die Berufswahl: Es erstaunt nicht, dass Mädchen ihre Berufswahl oft familienorientiert treffen, während sich Knaben stärker berufsorientiert entscheiden.

→ *Bildung*

Mädchen und Knaben, Frauen und Männer, sollen die gleichen Bildungsmöglichkeiten und Berufschancen entwickeln können. Sie sollen ohne geschlechtsspezifische Vorbeurteilung alle Berufe ausüben können, die sie wollen. Konkrete Förderungsmassnahmen für Frauen sind solange sinnvoll und nötig, als dass die Zielsetzung der Gleichstellung noch nicht erreicht ist. Dazu gehört auch eine Laufbahnplanung. Solche Förderungsmassnahmen können und sollen zeitlich befristet sein und dürfen nicht als Diskriminierung der Männer angesehen werden, sondern als Abbau von Barrieren und Nachteilen, denen Frauen heute (noch) begegnen.

→ *Verwaltung*

Massnahmen

- Gleichstellungskonzept in der städtischen Verwaltung
- Schaffung von Teilzeitstellen in der Verwaltung auch in Kaderpositionen
- Frauen und Männer sollen zu je 50% in den städtischen Behörden vertreten sein
- Auf Wahllisten der SP Olten soll ein Frauen- und Männeranteil von je 50% angestrebt werden
- Bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern wird bei gleichen Qualifikationen jeweilen einer Person desjenigen Geschlechts der Vorzug gegeben, das im Bereich des zu besetzenden öffentlichen Amtes untervertreten ist
- Sämtliche Erlasse der Stadt Olten werden geschlechtsneutral formuliert
- Innovative Arbeitszeitmodelle der öffentlichen Hand
- Partizipatorische Führungsstrukturen
- Einrichtungen für Kinderbetreuung, wie Kinderhorte, Tagesschulen oder Mittagstisch
- Bekämpfung/Thematisierung der strukturellen Gewalt, z.B. mit einer städtischen Kampagne
- Städtische Unterstützung des Frauenhauses
- Berücksichtigung der geleisteten Betreuungs- und Familienarbeit als Anrechnungsfk0 bei der Lohneinstufung des städtischen Personals

Bildung

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Was Kinder in der Schule lernen, bestimmt nicht nur ihr späteres Leben, sondern auch das spätere Leben ihrer Nachbarinnen und Nachbarn, von Arbeitskolleginnen und Kollegen, der Gesellschaft, des demokratischen Staates. Kinder sollen deshalb in ihren Fähigkeiten bestmöglichst gefördert werden. Der neue kantonale Lehrplan bildet dafür eine Grundlage. Seine fortschrittlichen Inhalte sollen nicht der allgemeinen Spureuphorie zum Opfer fallen. Ein moderner, der Entwicklung der Kinder förderlicher Unterricht ist nicht billig. Schule ist Vorbereitung für das Leben. Sie soll den Kindern ermöglichen, später in der Gesellschaft bestehen zu können, und diese mitzugestalten.

→ *Finanzen*

Die Veränderungen in der Gesellschaft bedingen aber auch, dass die Schulformen kritisch überdacht werden. Bereits heute schon besteht ein dringendes Bedürfnis nach der Einrichtung von Tagesschulen. Andererseits müsste auch ein stufengerechter Blockunterricht eingeführt werden, der die Talente der Kinder genügend fördert und diese nicht im bestehenden Stundenplan ersticken lässt. In dieser Richtung muss der neue Lehrplan noch seine strukturelle Ergänzung finden.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Aber auch Erwachsene haben nie ausgelernt. Besonders die sehr schnelle Entwicklung der letzten Jahre im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung macht aus allen Erwachsenen von neuem Lernende. Schule hört nicht mit dem Ende der obligatorischen Schulpflicht und der nachfolgenden Erstausbildung auf. Erwachsenenfort- und Weiterbildung ist ebenfalls ein Muss.

Massnahmen

- Einrichtung von Tagesschulen
- Einführung von stufengerechtem Blockunterricht
- Einrichtung von Mittagstischen für Schülerinnen und Schüler
- Förderung der Aufgabenhilfe
- Kleine Klassengrössen zur optimalen Förderung der Schülerinnen und Schüler, vor allem bei Klassen mit grossem Anteil an fremdsprachigen Kindern
- Ausbau der Eltern-/Lehrer-/Schülergespräche
- Unterstützung der Erwachsenenfortbildung
- Einführung der kooperativen Oberstufe (KOS)
- Begleitende obligatorische Weiterbildung für Lehrkräfte
- Teamorientierte Schulführungsmodelle

Soziale Sicherheit

Die SP Olten will eine Sozialpolitik, welche jedem Menschen ermöglicht, sozial gesichert zu leben. Sie zielt darauf, vorsorgend Ursachen für soziale Not und Krankheit zu beseitigen und die Menschenwürde zu wahren.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Die Schweiz hat ein ausgebautes soziales Netz. Die Sozialversicherungen sollen die Menschen vor den Folgen von Krankheit und Arbeitslosigkeit schützen und ein materiell gesichertes Alter garantieren. Diese Sozialeinrichtungen, die auf dem Grundsatz der Solidarität beruhen, müssen gesichert, gestärkt und gezielt ergänzt werden, auch auf Gemeindeebene. Denn trotz der bestehenden Einrichtungen gibt es zunehmend Menschen, die am oder unter dem Existenzminimum leben (z.B. ausgesteuerte Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner mit Minimarenten, Alleinerziehende). Das soziale Netz ist so zu knüpfen, dass es seine Aufgabe erfüllen kann. Eine umfassende Sozialpolitik muss aber vorher einsetzen und dafür sorgen, dass die vorhandene Lohnarbeit gerecht verteilt wird, dass existenzsichernde Löhne bezahlt werden, dass über die Steuern ein sinnvoller Ausgleich erfolgt und, dass Wohnungsmieten und Krankenkassenprämien bezahlbar bleiben. Das soziale Netz ist keine Hängematte, sondern ein Sicherungsnetz, das so geknüpft sein muss, dass im Notfall niemand hindurchfällt. Ebenso wichtig wie das soziale Netz ist die Hilfestellung und Unterstützung beim Wiedereinstieg in das soziale und wirtschaftliche Leben.

In Olten organisiert das Sozialamt Unterstützung und Sozialleistungen gemäss den eidgenössischen und kantonalen Gesetzen. Daneben gibt es in Olten eine grosse Zahl von städtischen und privaten Einrichtungen und Beratungsstellen für Hilfesuchende. Diese Beratungs- und Hilfseinrichtungen müssen vernetzt und koordiniert werden. Mit besonderen Leistungsaufträgen ist dafür zu sorgen, dass weder Lücken im Netz noch Doppelspurigkeiten vorhanden sind. Damit entsteht ein übersichtliches und auf die Hilfesuchenden ausgerichtete Gesamtangebot, zu dem ein rascher und unbürokratischer Zugang besteht. So können auch die beschränkten Mittel gezielt und effizient eingesetzt werden.

Die Bekämpfung der neuen Armut muss ein vordringliches Ziel der Stadt Olten sein.

Die Stadt Olten muss ihre Arbeitslosen gezielt unterstützen, beraten und ihnen beim Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit helfen.

Die städtischen Sozialhilfeleistungen, wie Zuschüsse zu den Ergänzungsleistungen, Mietzinszuschüsse und Winterhilfe, müssen erhalten und regelmässig der Teuerung angepasst werden.

→ *Verwaltung*

Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu AHV- und IV-Renten oder Verbilligung von Krankenkassenprämien soll ohne Formalkrieg und Bittgänge von Amtes wegen via Steuererklärung abgeklärt, den Betroffenen mitgeteilt und die Auszahlungen vereinfacht werden. Viele betrachten die Ergänzungsleistungen als Almosen, obwohl darauf ein Rechtsanspruch besteht, und unterlassen es deshalb, finanzielle Hilfe, auf die sie ein Anrecht hätten, in Anspruch zu nehmen.

→ *Gesundheit*

Mit einem gut organisierten und ausgebauten Spitex-Angebot soll die gesundheitliche und soziale Situation der kranken und betagten Menschen verbessert werden. Das Angebot muss übersichtlich, bedürfnisgerecht und für die Hilfesuchenden einfach zu erlangen sein. Auch hier muss die Stadt koordinierend wirken und dafür sorgen, dass die finanziellen Mittel richtig eingesetzt werden. Eine zu schaffende zentrale Spitex-Stelle soll für alle Auskünfte und Vermittlungen zuständig sein.

Massnahmen

- Vernetzen und koordinieren von privaten und städtischen Hilfseinrichtungen
- Das städtische Sozialamt muss bei jedem Sozialhilfeempfänger konsequent abklären, welche Leistungsträger (Z.B. Versicherungen, andere staatliche Stellen) für Beiträge beigezogen werden können
- Die besten Einrichtungen nützen nichts, wenn sie nicht bekannt sind; das Sozialamt soll deshalb ein aktuelles Verzeichnis über die sozialen Einrichtungen in Olten und deren Leistungen führen und die Bevölkerung periodisch darüber informieren
- Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind qualifizierende, persönlichkeitsorientierte Programme nötig für Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte
- Neue Armut bekämpfen durch: subventionierte Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu tragbaren Kosten als Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden; Erhaltung und Schaffung von günstigem Wohnraum; professionelle Beratung und Betreuung von Arbeitslosen; Budgetberatung; Arbeitsvermittlung; Förderung der Aus- und Weiterbildung; Ausbau des Stipendiumwesens ohne Altersgrenze; Sicherstellung, dass keine Beitragslücken der Sozialversicherungen wegen fehlender Prämienleistungen entstehen; garantiertes Existenzminimum; Begünstigung von Firmen, die Arbeitsplätze für Behinderte zur Verfügung stellen
- Automatische Abklärung von Anspruchsberechtigungen auf Ergänzungsleistungen zu AHV/IV und Verbilligung von Krankenkassenprämien
- Spitex ausbauen
- Die Nachbarschaftshilfe, die Selbsthilfe und die gegenseitige Betreuung soll durch die Stadt Olten propagiert und gefördert werden

Kinder und Jugend

Kinder brauchen Entfaltungsmöglichkeiten, um Ihre Fähigkeiten zu entwickeln schon bevor sie schulpflichtig werden. Der eng gewordene Wohn- und Lebensraum verlangt danach, dass solche Plätze für Kinder zurückerobert werden, sei dies mit Kinderspielplätzen, verkehrsberuhigten Strassenräumen, Wäldern und Wiesen oder anderes mehr. Diese Räume müssen auch sicher sein. Sicher vor der Hetze des Alltags, ohne darum aber abgeschottet, isoliert zu sein. Kinder sind ein Teil unseres Lebens, nicht nur Teilhabende am gemeinsamen Futternapf. Bei ihnen werden die Grundlagen für das spätere Ueberleben der Gesellschaft gelegt.

→ Planung

Jugendliche stehen auf der Schwelle zu einer für sie neuen Welt, derjenigen der Erwachsenen, in der sie sich bewähren müssen. Manche glauben, dass das für alle eigentlich kein Problem sein sollte. Es ist für die meisten aber eines, und zwar ein sehr lange andauerndes. Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung nicht nur die Familie, sondern auch Orte, an denen sie sich mit Gleichaltrigen und Älteren treffen, ihre Erfahrungen machen und austauschen können, ohne der Welt der Erwachsenen ganz ausgesetzt zu sein. Ein solcher Ort kann die Färberei sein. Die Jugendlichen brauchen Raum, um ihre Bedürfnisse auszuleben. Auch Jugendpolitik sollte frech, fordernd, unkonventionell und lebendig sein. Jugendliche sollen Narrenfreiheit haben, und die Gesellschaft sollte sie ihnen zugestehen. Dazu braucht es seitens der Politikerinnen und Politiker Grosszügigkeit. Auch mit dem Gedanken, dass aufmüpfige Jugendliche die nächste Generation der Politikerinnen und Politiker sein sollte, die deren Abläufe hinterfragt und verbessert. Viele Jugendliche wollen sich aber damit nicht beschäftigen.

→ Kultur

Die SP Olten möchte Jugendarbeitslosigkeit vermeiden. Die Schule sollte sie auf die Arbeitswelt vorbereiten, manchmal schafft sie es aber nicht. Viele Jugendliche sind arbeitslos, weil sie keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden oder vor der Aufnahme einer Berufslehre zurückschrecken. Vielleicht weil sie den Schritt aus ihrer Welt, derjenigen der Jugendlichen, nicht machen wollen oder können. Sie sollten nicht allein gelassen werden. Die Erwachsenen müssen mit ihnen über den Sinn des Lebens sprechen und sich gleichzeitig dieselben Fragen stellen. Mit Jugendlichen, die sich aus unserer Gesellschaft abmelden, fallen Steine aus dem Mosaik unserer Demokratie.

→ Arbeit und Wirtschaft

Massnahmen

- Bereitstellung von Raumangeboten für Jugendliche
- Unterstützung von Initiativen Jugendlicher
- Projektarbeit und Animation mit Jugendlichen
- Realisierung von Jugendtreffs
- Bereitstellung der Möglichkeiten für aufsuchende Jugendarbeit
- Schaffung eines betreuten Schülermittagstisches
- Zeitgemässe Schulsportangebote (z.B.: Street-Ball, Skateboard fahren, Mountain-Bike fahren, Inline-Skates fahren usw.)
- Suchtprophylaxearbeit in der Schule
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen arbeitsloser Jugendlicher im Rahmen des regionalen Arbeitslosenprojektes
- Betreuung von obdachlosen Jugendlichen durch Gassenarbeit
- Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für arbeitslose Jugendliche
- Spielmöglichkeiten und Lebensräume im direkten Wohnumfeld für Kinder erhalten und erweitern
- Jugendparlament

Alter

Seit mehreren Jahrzehnten bauen die Gemeinden Altersheime. Grundgedanke war dabei, denjenigen Mitgliedern der älteren Generation einen Ort zu bauen, an dem sie verweilen können, wenn sie selbst nicht mehr für sich sorgen können und keine Familienmitglieder mehr vorhanden sind, die die Pflege übernehmen. Der Aufenthalt im Altersheim sollte dabei eine Ausnahmeerscheinung bleiben. Die Gesellschaft hat sich jedoch anders entwickelt. Die moderne Kleinfamilie ist zum Teil nicht mehr bereit, manchmal aber auch nicht mehr in der Lage, für die ältere Generation umfassend zu sorgen. Das Altersheim wird damit für Einige zum Altersalltag. Viele alte Leute möchten jedoch nicht in ein Altersheim ziehen. Sie möchten auch den Kontakt zur jüngeren Generationen pflegen und sich nicht aus der Gesellschaft herausreissen lassen. Die SP Olten ist der Auffassung, dass für diese Leute neue Wohnformen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die SP Olten denkt dabei an gemischte Wohnmöglichkeiten. Beispielsweise Mehrfamilienhäuser, an denen sich die Stadt anteilmässig beteiligt und einen Teil der Wohnungen als Alterswohnungen reserviert. Leicht pflegebedürftige alte Leute sollen auch die Möglichkeiten haben, solange als nur möglich in ihren privaten Wohnungen oder Liegenschaften wohnen zu bleiben. Dies ist durch Haushalthilfen und Spitex-Dienst sicherzustellen. Nebst dem sozialen und menschlichen Aspekt solcher Lösungen sind diese für die öffentliche Hand auch kostengünstiger als ein Aufenthalt im Altersheim.

→ *Soziale Sicherheit*

→ *Planung*

→ *Gesundheit*

Massnahmen

- Einrichtung von Alterswohnungen in gemischten Wohnformen durch eine aktive städtische Liegenschaftspolitik. Dabei sind einerseits noch vorhandene Landreserven für öffentliche Zwecke zu reservieren, andererseits Altliegenschaften zu erwerben und entsprechend zu nutzen
- Ausbau der Spitex-Dienste zur dezentralen gesundheitlichen Versorgung von älteren und pflegebedürftigen Leuten
- Überprüfung der Abläufe und Einrichtungen der bestehenden Altersheime auf ihre Integrationswirkung für die untergebrachten Leute
- Erstellen einer Kosten-/Nutzenanalyse im Vergleich zwischen modernen Wohnformen und Altersheimen

Ausländerinnen und Ausländer

In der Schweiz leben rund eine Million Ausländerinnen und Ausländer. Davon besitzen ca. 75% eine Niederlassungsbewilligung, d.h. diese leben meist seit über zehn Jahren in der Schweiz und sind oft hier geboren. Im Kanton Solothurn liegt der Ausländeranteil der ständigen Wohnbevölkerung bei ca. 15%, in Olten bei 2 1,6% (Juni96). Die Schweiz hat, statistisch gesehen, einen vergleichbar hohen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung. Sie ist für viele wirtschaftlich attraktiv und hat eine humanitäre Tradition in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Die Schweiz hat aber auch ein strenges Einbürgerungsgesetz. In Ländern mit grosszügigeren Einbürgerungsgesetzen wie zum Beispiel Schweden wäre der grösste Teil unserer Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung längst eingebürgert und würde deshalb in den Statistiken als ausländische Bevölkerung gar nicht mehr in Erscheinung treten.

Die Schweizer Wirtschaft ist auf die bei uns lebenden und arbeitenden Ausländerinnen und Ausländer angewiesen. Dabei verrichtet ein grosser Teil der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenig qualifizierte Arbeit zu tiefen Löhnen. Der allergrösste Teil der ausländischen Wohnbevölkerung ist ins Arbeitsleben integriert, schickt die Kinder zur Schule und bezahlt Steuern.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Die SP möchte den in Olten anwesenden Ausländerinnen und Ausländern ein friedliches Zusammenleben mit Schweizerinnen und Schweizern ermöglichen und Anreize bieten, sich hier zu integrieren. Integration bedeutet aber nicht totale Anpassung oder Aufgabe der bisherigen soziokulturellen Identität. Das wichtigste Mittel zu einer sinnvollen Integration ist die Sprache. Deshalb ist das Erlernen der deutschen Sprache zu fordern, aber auch zu fördern. Integration heisst auch, dass die Ausländerinnen und Ausländer Kultur und Rechtsnormen der Schweiz respektieren.

→ *Kultur*

Um Ängste und Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen, ist Information unerlässlich, ebenso die konkrete Begegnung zwischen Ausländerinnen und Ausländern und Schweizerinnen und Schweizern. Für real existierende Probleme wie die wachsende Anzahl der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler oder Missbräuche im Asylverfahren sind politische Lösungen zu erarbeiten. Die Ausländerinnen und Ausländer als Sündenböcke für innenpolitische Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit hinzustellen, ist unter keinem Gesichtspunkt gerechtfertigt und trägt weder zum sozialen Frieden noch zur Lösung der konkreten Probleme bei. Nur wenn die ausländische Wohnbevölkerung, wo immer möglich, der schweizerischen rechtlich gleichgestellt ist, ist eine echte Integration zu erwarten. Auch dafür soll sich die Stadt Olten im Rahmen ihrer Möglichkeiten einsetzen.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Leider gibt es auf kantonaler Ebene keine eigentliche Ausländerpolitik. Es gibt nicht einmal eine kantonale Ausländerkommission. Umso mehr gilt es, auf Gemeindeebene eine konkrete Ausländerpolitik zu formulieren und zu gestalten. Die Möglichkeiten sind allerdings beschränkt. So hängt die Einführung des Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene von der Einführung einer kantonalen gesetzlichen Grundlage ab. Oltnerinnen und Oltner können jedoch den Austausch und das Verständnis zwischen Schweizerinnen und Schweizern und Ausländerinnen und Ausländer in vielerlei Hinsicht fördern: Sozial, sprachlich, kulturell und rechtlich.

Massnahmen

- Erarbeiten eines städtischen Ausländerinnen - und Ausländerkonzeptes mit konkreten Massnahmen
- Ausweitung der Kompetenzen der Ausländerinnen- und Ausländerkonferenz
- Unterstützung des Ausländerdienstes, möglichst unter Miteinbezug der Region
- Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften speziell im Hinblick auf kulturelle Einbindung der ausländischen Kinder
- Hausaufgabenhilfe, Kurse für fremdsprachige Kinder, Deutsch-Stützkurse für Ausländerinnen und Ausländer, Kurse speziell für ausländische Frauen
- Senkung der Schwellenangst bei der Verwaltung: Führungen, Tage der offenen Türe, Uebersetzungen von wichtigen Informationen
- Gezielte Einladungen zur Teilnahme an öffentlichen Festen! Anlässen
- Regelmässige Information der Bevölkerung

Gesundheit

→ *Soziale Sicherheit*

Gesundheit ist eine der Grundvoraussetzungen für das Wohlbefinden. Dass dem so ist, wird meist erst dann wahrgenommen, wenn jemand krank ist. Und - unsere Leistungsgesellschaft hat mehrheitlich nichts übrig für Kranke. Die SP Olten möchte einerseits, dass möglichst viele möglichst lange gesund bleiben. Wenn aber jemand krank wird, so soll er nicht ausgegrenzt werden, sondern von der öffentlichen Hand diejenige Unterstützung bekommen, die er braucht, um seine Existenz zu sichern oder gar, um zu überleben.

→ *Bildung*

Möglichst viele Menschen bleiben möglichst lange gesund, wenn sie über Krankheiten aufgeklärt werden und Gesundheitsvorsorge betreiben. Vorbeugen ist besser als heilen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten sollen aufgeklärt werden über die Wirkung von Drogen, und dazu gehören auch Alkohol und Nikotin, über die Einflüsse der Umwelt, über ungesunde Ernährung, mangelnde Bewegung, aber auch Folgen von stetigem ungesundem Stress. Vorbeugen heisst aber auch Institutionen schaffen oder unterstützen, die Gesundheitsvorsorge betreiben, wie Suchtprophylaxe- und -beratungsstellen, Sportvereine, die den Breitensport fördern, Jugendhäuser und Jugendvereine, die diesem Aspekt Beachtung schenken. Dabei sollen nicht nur öffentliche, sondern auch private Initiativen und Institutionen unterstützt werden. Nicht zu vergessen ist die Schule, die den wichtigsten Beitrag an der Aufklärungsarbeit leisten sollte.

→ *Kinder und Jugend*

Vorsorge ist kein Allerheilmittel. Wenn jemand krank wird, so soll er durch die Gesellschaft nicht allein gelassen werden. Damit die Betroffenen gesunden können oder mit ihrer Krankheit leben lernen, sollen sie Unterstützung von öffentlicher oder privater Seite erhalten; beispielsweise durch Hauspflagedienste (Spitex). Für viele Menschen geht es oft aber nur noch ums Überleben. So für schwerstabhängige Drogensüchtige. Ihnen soll, wie anderen Kranken auch, die notwendige Überlebenshilfe zukommen.

Massnahmen

- Ausbau der Suchtprophylaxeeinrichtungen auf dem Stadtgebiet. Aufbau einer umfassenden Beratung im Bereich der Gesundheitsvorsorge
- Schaffung eines umfassenden Ressorts Gesundheit in der städtischen Verwaltung
- Ausbau der Spitex-Dienste
- Aufbau einer Struktur und Koordinierung privater Träger der Spitex-Dienste
- Durchsetzung eines umfassenden Drogenkonzeptes für die Stadt Olten, wobei folgende
- Aspekte zu verwirklichen sind: ausreichende gesundheitliche Versorgung für verelendete
- Drogenabhängige; Gassenarbeit; Ausweitung des Projektes des Bundes der kontrollierten Drogenabgabe; Taglohn-Projekte; Tages- und Nachtstrukturen; begleitetes
- Wohnen; Gassennahe Anlaufstelle; Gassenküche; Aids-Vorsorge; Suchtprophylaxe;
- Suchtberatung; regionale Entzugsstation; regionale Suchtbefreiungsprogramme;
- Frauenbus für Prostituierte

Wohnen

→ Planung	<p>Wohnen ist ein Grundrecht Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Wohngelegenheit zu tragbaren Bedingungen. Die SP Olten will verkraftbare Mieten, einen besseren Mieterschutz und verdichtetes Bauen. Im Bereich des Bodens und der Wohnungen kann der Markt nicht funktionieren, weil der Boden ein nicht vermehrbares Gut ist. Fernziel der SP Olten ist die Vergesellschaftung des Bodens und dessen Abkoppelung von der Marktwirtschaft. Sogenannte Marktmieten würden bedeuten, dass die älteren Wohnungen massiv verteuert würden. Die privaten Vermieter hätten den Profit, die Kosten hätten die Mieter und die öffentliche Hand via Sozialleistungen und Mietzinszuschüsse zu berappen.</p> <p>In der Stadt Olten sind die meisten Einwohnerinnen und Einwohner Mieterinnen und Mieter. Heute stehen viele Wohnungen leer, die in den Hochkonjunkturjahren der Bauspekulation von 1987 bis 1989 gebaut worden sind und die niemand bezahlen kann. Im Oltnen Wohnungsangebot fehlen einfache und günstige Wohnungen, z. B. für junge Familien. Vieles ist durch übergeordnete Gesetze vorgegeben (Mietrecht, kantonales Baugesetz). Trotzdem kann und muss die Stadt durch eine aktive Wohnungspolitik ordnend eingreifen.</p>
→ Planung	<p>Die Baulandreserven in Olten sind begrenzt. Es ist deshalb selbstverständlich, dass haushälterisch mit dem Boden umgegangen wird. Auch künftige Generationen brauchen Land und Gestaltungsmöglichkeiten.</p> <p>Mit dem Festlegen von Wohnanteilen soll dem Verschwinden von Wohnraum durch Umnutzung in Büros und Praxen Einhalt geboten werden. Die städtische Baugesetzgebung soll einen bestimmten Mindestanteil von Wohnungen in den einzelnen Quartieren und Gebieten der Stadt garantieren (80% in Wohnquartieren, 30 % in der Kernzone).</p> <p>Der Gemeindeanteil der Grundstückgewinnsteuer ist für eine aktive Bodenpolitik der Stadt Olten zu verwenden. Die Stadt muss viel aktiver als bisher Land und Liegenschaften kaufen und so der Spekulation entziehen. Ein entsprechender Kredit über mehrere Millionen wurde bereits Vorjahren vom Volk bewilligt und stünde zur Verfügung. Die Stadt Olten soll eine bedeutende und vorbildliche Wohnungsvermieterin werden. Land soll grundsätzlich nur im Baurecht (z. B. an Wohnbaugenossenschaften) abgegeben werden.</p>
→ Soziale Sicherheit	<p>Der soziale Wohnungsbau und die Wohnbaugenossenschaften sind zu fördern (z. B. mit günstigen Darlehen der städtischen Pensionskasse). Mietzinszuschüsse und faire Kostenmieten in den eigenen Liegenschaften helfen ebenfalls mit, das günstige Wohnen zu fördern. Die Stadt soll auch offen sein für neue Wohnformen.</p>
→ Planung	<p>Durch entsprechende Planung und Bodenpolitik ist dafür zu sorgen, dass in den Quartieren eine gesunde Durchmischung von günstigen (Familien) Wohnungen, Alterswohnungen, Läden und Kleingewerbe, die die Quartiersversorgung gewährleisten, erreicht wird.</p>
→ Umwelt	<p>Ökologisches Bauen soll durch die Baugesetzgebung und im Rahmen der "Energistadt Olten" gefördert werden. Unter ökologischem Bauen verstehen wir den Einsatz von ökologisch möglichst verträglichen Materialien, eine rückbaugerechte Bauweise und energiesparendes Bauen.</p> <p>Abbruch von günstigem Wohnraum darf nur in Ausnahmefällen bewilligt werden. Die Stadt Olten soll darauf hinwirken, dass statt Luxusrenovierungen nur noch sanfte und einfache Renovierungen, entsprechend den Bedürfnissen der Normalverdiener, vorgenommen werden. Es sind Kriterien aufzustellen für schützenswerten Wohnraum, der nicht abgerissen werden darf. Das Leerstehen und Verlotternlassen von Liegenschaften ist zu verbieten.</p>
→ Umwelt	<p>Olten nennt sich zu Recht auch "Gartenstadt". Die Vorgärten müssen jedoch besser geschützt werden, z.B. vor Zubetonierung für Autoabstellplätze. Es ist zu prüfen, wo Liegenschaftbesitzer ihre Vorgärten auf Kosten überdimensionierter Quartierstrassen wieder erweitern können. Es sind auch Anreize zu schaffen, damit bestehende Parkflächen in den Gärten wieder aufgehoben und renaturiert werden.</p>

Massnahmen

- Innere Verdichtung und optimale Ausnützung der vorhandenen Bauzonen hat Priorität vor der Erweiterung der Bauzonen
- Im städtischen Baureglement soll ein Mindestanteil von Wohnungen in den einzelnen Quartieren festgelegt werden
- Aktive Bodenpolitik der Stadt durch Kauf von Land und Liegenschaften; Abgabe von Grundstücken nur im Baurecht
- Förderung des sozialen Wohnungsbaus
- Erhaltung der Wohnquartiere durch eine gesunde Durchmischung der verschiedenen Funktionen (Wohnen, Gewerbe, Versorgung, Infrastruktur, Freizeiteinrichtungen)
- Ökologisch bauen
- Die Stadt Olten soll den Wohnungstausch auf freiwilliger Basis fördern mit dem Ziel, den vorhandenen Wohnraum besser zu nutzen
- Erhaltung von günstigem Wohnraum
- Vorgartenschutz im städtischen Baureglement verankern

Planung

Raum ist knapp, im schweizerischen Mittelland ist das eine Binsenwahrheit. Der Nutzungsdruck ist entsprechend gross. Auf einer bebauten Fläche von weniger als 4 km² (400 ha) müssen in Olten ca. 17'000 Einwohnerinnen und Einwohner Platz finden, neben einer fast gleich grossen Zahl an Arbeitsplätzen. 4000 Personen pendeln täglich von Olten nach Aarau, Zürich, Solothurn, Basel, Luzern, Bern oder woanders hin. Umgekehrt fahren täglich 10'000 Personen aus der näheren und weiteren Umgebung zur Arbeit nach Olten.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Einem Wohn- und Arbeitsraum von 70 ha steht ein Verkehrsraum von 117 ha (inkl. Bahn) gegenüber. Die autofreie Zone ist nicht grösser als etwa 1,5 ha, daneben gibt es immerhin etwa 195 ha Gärten und Anlagen. Zur Gemeinde Olten gehören aber auch gegen 800 ha Wald, Landwirtschaftsland und Gewässer.

→ *Verkehr*

Die SP Olten steht dafür ein, dass die Grundbedürfnisse für Wohnen, Arbeit und Erholung bedarfsgerecht gedeckt werden. Gleichzeitig soll der Boden haushälterisch genutzt werden, wie es im Raumplanungsgesetz verlangt wird: Olten soll am Siedlungsrand nicht "verbreiten"! Zusätzlich benötigter Raum kann durch innere Verdichtung gewonnen werden.

Ein architektonisch geschlossenes und ästhetisch ansprechendes Erscheinungsbild der einzelnen Zonenbereiche ist für uns eine selbstverständliche Leitlinie. Markante, charakteristische Einzelbauten sollen aber im Rahmen der Stadterneuerung möglich bleiben.

Wichtig ist eine gesunde Nutzungsmischung. Oft bewohnen gutverdienende Einzelpersonen grosse Familienwohnungen, und oft können sich auch ältere Personen mangels Alternative nicht von ihrem zu gross gewordenen Zuhause lösen. Familien hingegen verfügen manchmal nicht über genügend Wohnraum. Familiengerecht wohnen muss nicht heissen, ein Einfamilienhaus vor den Toren der Stadt mit Riesenumschwung zu besitzen. Familiengerecht heisst aber auch nicht, eingequetscht in einer viel zu teuren 3 1/2-Zimmer-Wohnung zu sitzen. Es braucht familiengerechte Wohnungen (das sind grosse, kostengünstige Wohnungen), altersgerechte Wohnungen (das sind z.B. "Stöckli"-Wohnungen oder kleine kostengünstige Wohnungen, nach Bedarf mit Spitexmöglichkeiten kombiniert), Wohnungen für gehobene Ansprüche und Wohnungen für alternative Wohnformen. Und das Ganze raumsparend.

→ *Soziale Sicherheit*
→ *Wohnen*

→ *Alter*

Entscheidendes Kriterium für raumsparendes Wohnen ist die beanspruchte Baufläche pro Kopf. Je dichter die Bauweise und je mehr Personen im Haushalt, desto geringer der Landverbrauch pro Kopf. Wohnen zu zweit in einer Einfamilienvilla ist dagegen ein Beispiel für Landverschleiss. Die SP Olten will das nicht verbieten. Hingegen sind wie im Bereich Energie auch im Bereich Raumplanung Lenkungsanreize ins Auge zu fassen.

→ *Finanzen*

Zum Wohnen gehört eine bedarfsgerechte Infrastruktur: Schulen, Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten, ein guter Anschluss an den öffentlichen Verkehr sowie gute Zufahrtswege und Parkierungsmöglichkeiten für das Fahrrad.

→ *Wohnen*

Arbeit: Welche andere Stadt liegt schon im Fadenkreuz von vier grossen Städten wie Zürich, Basel, Bern und Luzern, je nur eine gute halbe Stunde Zugfahrt entfernt? Die planerischen Rahmenbedingungen sollen dazu beitragen, diese privilegierte Standortgunst von Olten vermehrt auszunützen! Auch die Planung soll so ihren Beitrag zu einem attraktiven Arbeitsangebot leisten. Dazu gehört ein entsprechendes Raumangebot, aber auch ein attraktives Arbeitsumfeld, gute Wohnmöglichkeiten und eine optimale Erschliessung mit öffentlichem Verkehr und Fahrrad.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Das Industriequartier ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Hier sollen - von den Wohnquartieren abgeschirmt - neue Produktionsbetriebe angesiedelt werden. Industriezonen sollen teilweise für

→ *Arbeit und Wirtschaft*

- *Wohnen*
- Dienstleistungsbetriebe geöffnet werden, ohne den Produktionsstandort Olten abzuwerten. Dazu braucht es ein Dienstleistungsangebot der Stadt zur Vermittlung von Ansiedlungsraum für solche Betriebe. Gleichzeitig — und das ist kein Widerspruch — gilt es auch im Arbeitsbereich, haushälterisch mit dem benötigten Raum umzugehen. Der Wohnraum soll nicht unnötig durch Arbeitsraum konkurrenziert werden; festgelegte Wohnanteile sollen die nötigen Grenzen setzen.
- *Umwelt*
→ *Verkehr*
- Erholungsraum: Freundlich gestaltete, naturnahe Freiflächen, die wirklich zum Verweilen einladen; ein naturnaher Raum am Siedlungsrand, der in der Freizeit zum Spazieren und Radfahren lockt: So soll es sein. Das Bestehende gilt es zu bewahren. Wo es nötig ist, sollen Freiflächen aufgewertet und die Naturnähe gefördert werden. Damit auf das Auto verzichtet werden kann, sollen direkte Radwege in die umliegenden Naherholungsräume führen, am Wochenende und in Ferienzeiten ergänzt durch Busse.

Massnahmen

- Schaffung von attraktiven Quartierzentren
- Förderung der inneren Verdichtung durch Umsetzung der vom Kanton vorgezeigten Massnahmen: Erhöhung von Ausnützungsziffern, damit Dachstock- und Kellergeschoss-Ausbauten ermöglicht werden; minimale statt maximale Ausnützungsziffern im Baureglement
- Förderung der inneren Verdichtung durch neue Lenkungsmassnahmen; städtische Dienstleistungsstelle für Wohnungstausch
- Verkehrsfreie Innenstadt, verkehrsberuhigte Quartiere und sichere Kreuzungen und Übergänge; Mehrfachnutzungen als Übergangslösungen bis zur Realisierung notwendiger baulicher Massnahmen (z.B. Kirchgasse)
- Renovation des Bahnhofs: Durchgängigkeit für Kinderwagen, Rollstuhl, Rad und Gepäckwägelchen; verbesserter Taxizugang; Strassenverbindung zu Gepäckabfertigung und Radverleih; Behebung des Engpasses in der Unterführung; mehr gedeckte Radabstellplätze
- Aktion Platzgestaltung in Olten, Platzkonzept "10 Plätze für Olten" (z.B. Baslerstrasse/ Kirchgasse; Stadthaus; Hammer; Nähe Schlachthof; St. Martins-Kirche; Froburgstrasse/ Amthausquai; Bahnhofstrasse; Bifang; Wilerweg/Speiserstr.; Friedenskirche)
- Ganzheitliches Aare-Ufer-Konzept in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Trimbach und Aarburg
- Naturnahe und attraktive Gestaltung der Schulanlagen und der übrigen öffentlichen Bauten und Anlagen. Einführung eines Wohnanteilsplans zur Förderung einer optimalen Nutzungsmischung und zur Erhaltung von Wohnraum
- Aktive Bodenpolitik der Gemeinde
- Förderung der Ansiedlung von Produktionsbetrieben
- Ortsplanung vorantreiben, Nutzungsplanung sicherstellen
- Erarbeitung von Quartier- und Projektstudien auf öffentlichem und privatem Grund, der für die Stadtentwicklung von Bedeutung ist (z.B. Portland-Zementfabrik, Industrie Gösgerstrasse etc.)
- Schaffung von institutionalisierten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung in der laufenden Planung

Verkehr

→ *Umwelt*

Kaum jemand wird bestreiten, dass die Menschen allmählich vom Verkehr erdrückt werden. Der Verkehr ist der grösste Luftverschmutzer, die grösste Lärmquelle, das grösste Sicherheitsrisiko, einer der grössten Energiefresser und einer der grössten Landverbraucher. Verkehr macht aber auch beweglich und gibt viele Freiheiten.

Die SP Olten will freie Mobilität und eine gesunde Umwelt. Freie Mobilität bedeutet aber nicht freie Verkehrsmittelwahl. Mobilität soll die Lebensqualität fördern und nicht vermindern:

- Oltnerinnen und Oltner sollen sich einfach, rasch und sicher auf dem ganzen Stadtgebiet bewegen können, auch ohne privates Motorfahrzeug.
- Strassenraum soll als Verbindungselement und Begegnungsraum erlebt werden, nicht als trennende Schranke und gefährlicher, lärmiger Übergang.
- Sichere Verkehrswege, ruhige Strassen und saubere Luft.
- Auch die schwachen Verkehrsteilnehmenden sollen an einer sicheren und verbindenden Mobilität teilnehmen können.

→ *Kultur*

Darüber hinaus soll die Stadt mit ihrer Gesamtpolitik dazu beitragen, dass auf vermeidbare Mobilität auch tatsächlich verzichtet werden kann. Die SP Olten denkt dabei an attraktive Freizeit-, Kultur- und Erholungsmöglichkeiten, sodass viele Autofahrten ins Umland oder in grössere Städte überflüssig werden. Quartierzentren sollen geschaffen werden, welche zur Verminderung des innerstädtischen Einkaufsverkehrs beitragen. Gute Busverbindungen vom und zum Bahnhof müssen vorhanden sein, damit Autopendler ohne grosse Zeitverluste die Bahn benützen können.

→ *Arbeit und Wirtschaft*→ *Planung*

Die Probleme der Durchgangsachsen durch Olten (Unterführungsstrasse, Baslerstrasse, Aarburgerstrasse, Frobургstrasse, Ziegelfeldstrasse) lassen sich auf dem Boden von Olten nicht durch Strassenneubauprojekte beheben. Zur Entlastung der geplagten Anwohner sind die Förderung des öffentlichen Verkehrs und verkehrsberuhigende Massnahmen gefragt.

Gerade auf Stadtebene gibt es viele Möglichkeiten, in Richtung einer gesunden Verkehrsentwicklung zu wirken. Mit der Einführung von Tempo 30-Zonen hat die Stadt Olten auch schon einen wichtigen Schritt getan. Und an überwiesenen Motionen und Postulaten, die der Realisierung harren, gibt es keinen Mangel.

Massnahmen

- Motorfahrzeugfreie Innenstadt (mit Zulassung von Bus und Taxi); attraktive Strassenräume, die von Fussgängerinnen und Radfahrern belebt sind
- Durchgehendes, attraktives, sicheres Fusswegnetz; Bevorzugung der Fussgängerinnen bei allen heiklen Übergängen, z.B. mit Lichtsignalanlagen, die nur bei Knopfdruck eingeschaltet werden, dann aber rasch reagieren; bei besonders gefährlichen resp. grossen Kreuzungen Unterführungen für die Motorfahrzeuge schaffen (Fussgängerinnen und Radfahrer bleiben oberirdisch), z.B. Beispiel neue Platzgestaltung Bifang; Fussgänger-Unterführungen soweit möglich aufheben
- Durchgehendes Radwegnetz ohne gefährliche Kreuzungen; Bevorzugung bei grösseren Lichtsignalanlagen durch Knopfdruck (rasches Umschalten auf grün für die Radfahrerinnen)
- Dichteres Netz des öffentlichen Verkehrs (verbesserte Linienführung, höhere Frequenz); separate Spur auf den Hauptstrassen; Bevorzugung bei Lichtsignalanlagen durch Impulse; Bus-Betrieb auch zu Randzeiten; auf unrentablen Strecken und zu Randzeiten Ruftaxisysteme; Regionalverbund (Umweltabo)
- Parkplatzregime: Deutliche Begrenzung der Zahl der öffentlichen Parkplätze; Parkplatztarife, welche die realen Kosten decken; vorgeschriebene Parkplatzmaxima statt -minima im Baureglement und gebührender Vorgartenschutz; gutes, elektronisch gestütztes Leitsystem mit Hinweis auf offene resp. besetzte Parkplätze zur Verhinderung von Suchverkehr; Anwohnerprivilegierung; restriktives Parkplatzmanagement von Firmen:
- Förderung durch die Stadt
- Tempo 30 und bauliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Quartierstrassen konsequent weiterführen
- Pflörtneranlagen bei allen Zugangsachsen (Aarauerstrasse, Aarburgerstrasse, Baslerstrasse, Solothurnerstrasse), die nur noch ein stadtverträgliches Mass an zusätzlichem Verkehr nach Olten lassen
- Realisierung der überwiesenen Vorstösse:
 - Motion für Massnahmen gegen die Überbelastung der Stadt Olten durch den motorisierten Individualverkehr
 - Motion für eine Neugestaltung der Innenstadt
 - Postulat zur Verbesserung von Anordnung und Umfeld der Bushaltestellen
 - Motion für eine Neukonzeption und Erweiterung der Veloabstellmöglichkeiten am Bahnhof
 - Motion für ein Parkierungsreglement
 - Motion für die Erstellung eines Fusswegenetzes
 - Postulat für Sofortmassnahmen auf der Baslerstrasse
 - Postulat für eine Verbesserung der Lebensqualität entlang unserer Hauptstrassen
 - Postulat Planungsprioritäten bei Verkehrslösungen
- Konsequente Durchführung von Erschliessungsplanungen bei grösseren Bauvorhaben, die nicht unter die Gestaltungsplanpflicht fallen

Umwelt

Sommersmog, Ozonloch, Artenschwund und Giftunfälle: Mann und Frau mögen die Schlagzeilen schon gar nicht mehr hören. Dass sie nicht mehr gehört werden müssen, dazu soll auch Olten seinen Beitrag leisten. Übergeordnetes Ziel muss sein, die Lebensqualität der Menschen und die Lebensgrundlagen von Pflanzen und Tieren in unserer Gemeinde langfristig zu sichern und zu verbessern. Es braucht genügend Naturraum, der richtig vernetzt ist, und es sollen keine schädlichen Stoffe in die Umwelt gelangen.

Die begrenzten Mittel der Stadt sollen so eingesetzt werden, dass sie den grösstmöglichen Nutzen erreichen (und nicht so, dass sie möglichst niemandem weh tun und dass die Umwelt nur mit einem Trostpflasterchen abgefertigt wird). Zu den wichtigsten Verursachern von Umweltproblemen gehört der Verkehr.

→ *Finanzen*

→ *Verkehr*

Natur: Mindestens 15% der landwirtschaftlich genutzten Flächen sollen als ökologische Ausgleichsflächen ausgeschieden werden. Soviel ist im Mittelland allgemein für das Überleben der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten nötig. Aber auch innerhalb der Siedlung spielt die Natur eine wichtige Rolle: Soviele Privatgärten wie möglich sollen als Natur- oder naturnahe Gärten gestaltet werden. Vorgärten sollen nicht Parkplätzen weichen dürfen. Auf öffentlichen Flächen sollen vorzugsweise einheimische Gehölze gepflanzt werden. Wichtig ist zudem eine Entsiegelung von möglichst vielen öffentlichen Freiflächen und Industriearealen. Auch die Wälder und besonders die Waldränder sollen naturnah werden (oder bleiben).

→ *Planung*

Stoffe: Die SP Olten setzt sich für geschlossene Stoffkreisläufe ein und für Stoffflüsse, welche in der natürlichen Grössenordnung bleiben. Konkret: Stoffe, welche den Menschen oder die Umwelt gefährden, dürfen nicht über Abwasser, Abgase oder auf andere Weise in die Umwelt gelangen. Abfall soll soweit als möglich vermieden werden. Der unvermeidbare Abfall soll recycelt werden, soweit dies vom Energieaufwand her sinnvoll bleibt. In Sachen Abfallentsorgung spielt Olten seit einigen Jahren bereits eine vorbildliche Rolle. Dies soll so bleiben.

→ *Arbeit und Wirtschaft*

→ *Verwaltung*

Energie: Das übliche Energiespiel lautet: "Wer produziert die sauberste Energie?" Bei diesem gegenseitigen Ausspielen von verschiedenen Energiequellen macht die SP Olten nicht mit. Jede herkömmliche Energieform hat ihre schwerwiegenden Tücken. Bei der Verbrennung fossiler Energie entsteht CO₂ und heizt damit weltweit die Atmosphäre auf. Die Elektrizität ist aber nicht besser wegen der besseren CO₂-Bilanz: Die Wasserkraft geht auf Kosten der letzten naturnahen Räume im Berggebiet und die Atomkraft hinterlässt für Jahrtausende unlösbare Abfallprobleme.

→ *Verkehr*

→ *Arbeit und Wirtschaft*

Ziel: Senkung des Gesamtenergieverbrauchs der Stadt gegenüber 1990 um mindestens 20%. Der Handlungsspielraum der Stadt ist zwar beschränkt, die wirklich effizienten Sparmassnahmen (Energiesteuer) kann nur der Bund auslösen. Trotzdem soll das notwendige Ziel nicht aus den Augen verloren werden.

Massnahmen

- Olten braucht einen regelmässigen Umweltbericht(!); ein solcher Bericht ist ein unverzichtbares Hilfsmittel für Stadtrat und Gemeindeparlament, damit die Schwerpunkte der städtischen Umweltpolitik richtig gesetzt werden können; ein Umweltbericht gibt den nötigen Überblick über den Zustand von Natur und Umwelt in Olten; er zeigt auf, auf welchem Weg die finanziellen Mittel so wirksam wie möglich eingesetzt werden können
- Die Zuständigkeit des Umweltschutzbeauftragten ist auf die Region auszuweiten, seine Kapazität und sein Pflichtenheft sind zu erweitern
- Naturschutz-Massnahmen: Durchführung von Aktionen für Privatgartenbesitzerinnen; Aushandlung von Verträgen mit Landwirten (ökologische Ausgleichsflächen, z.B Ruttigen; Schutz und Aufwertung von Waldrändern; Renaturierung von Fliessgewässern in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden); Entsiegelung von städtischen Freiflächen; Erhöhung des Anteils einheimischer Gehölze auf Stadtgebiet; Ökologisierung der Stadtgärtnerei; Zusammenarbeit mit der Industrie zur naturnahen Gestaltung der Industrieareale
- Die Kehrriechtsackgebühr wird soweit erhöht, dass sie auch unter Einbezug der externen Kosten und unter Einbezug angemessener Rückstellungen für künftige teurere
- Technologien kostendeckend wird
- Baubewilligungen werden nur noch bei rückbaugerechter Bauweise erteilt (d.h., dass beim Abbruch das Baumaterial optimal wiederverwertet werden kann); Abbruchbewilligungen erfolgen nur noch bei geordnetem Rückbau; als wichtigster Bauherr übernimmt die Stadt eine Vorbildfunktion
- Förderung von getrenntem Wasserversorgungssystem: Regenwasser/ Brauchwasser für WC-Spülung zur Entlastung der ARA
- VOC-Kataster (Emissionen von flüchtigen Kohlenwasserstoffen, welche zur Ozonbildung führen) mit Massnahmenkatalog
- Risikoabschätzung für den Transport gefährlicher Güter auf Strasse und Schiene, Schwachstellenanalyse, Öffentlichkeit und Transparenz
- Energie-Beratungsstelle von Stadt und Region
- Individuelle Heizkostenabrechnung
- Vorbildfunktion der Stadt: Ausschöpfung der Energiesparmöglichkeiten im öffentlichen Bereich
- Bahnhof Olten als Umweltzentrum; Ausschreibung eines Wettbewerbs zu einem ökologischen Umbau von Bahnhof und Umgebung (Stadterneuerungsaufgabe nach ökologischen Kriterien)

Kultur

→ *Gesundheit*→ *Finanzen*→ *Verwaltung*

Jede Stadt hat ihre Kultur. Inhalt von Kultur kann Theater, Malerei, Fotografie, Musik, Tanz und vieles mehr sein. Kultur kann man aber nicht einfach so produzieren und kaufen wie ein Paar Jeans. Sie entsteht aus unserer Gesellschaft heraus, aus unserer Kraft, unserer Freude am Leben, aber auch aus Spannungssituationen, die kaum zum Aushalten sind. Kultur gibt es nur da, wo Leben ist. Der Feind aller Kultur ist die Gleichförmigkeit. Gefahr für Gleichförmigkeit besteht immer dann, wenn Kultur institutionalisiert und nicht mehr erneuert wird. Das Stadttheater bildet nur eine von vielen Hüllen, in der Kultur stattfinden kann. Die Inhalte, mit denen das Stadttheater gefüllt wird, sollen überprüft werden. Neues, Wachsendes soll auf die Bühne kommen, aus dem Leben heraus, Gesellschaftskultur. Dazu sollte auch das neue Kulturzentrum Schützenmatte gehören. Nicht zu vergessen ist aber, dass auch das nur eine Hülle ist, in der Kultur stattfinden soll. Im Kulturzentrum Schützenmatte soll nicht institutionalisierte, alternative Kultur und im Stadttheater institutionelle, traditionelle Kultur zur Aufführung gelangen. Die SP Olten möchte, dass Kultur lebt, überall. Deshalb sollen Kulturschaffende über das Stattfinden von Kultur mitentscheiden, im Kulturzentrum Schützenmatte und im Stadttheater, aber auch an anderen Orten, bei möglichst vielen Gelegenheiten. Kultur soll nicht nur kosten, sondern auch Freude machen, Grenzen überschreiten, motivieren Altes zu überdenken und Neues anzupacken.

Massnahmen

- Einrichtung des Kulturzentrums Schützenmatte
- Ueberprüfung der Betriebsstrukturen des Stadttheaters
- Schaffung von regionalen Institutionen, die den Betrieb der städtischen kulturellen Einrichtungen sicherstellen
- Für Besucher aus Aussengemeinden, die keine Beiträge leisten, sind höhere Eintrittspreise für Kulturangebote zu verlangen, an denen sich die Stadt Olten finanziell beteiligt
- Einbezug von Kulturschaffenden zur Gestaltung der Veranstaltungsprogramme
- Unterstützung von privaten Initiativen zur Gestaltung von Kulturangeboten (Beispiele:
- Bahnhof Olten-Hammer, Terminus, Theaterstudio, Kabarett-Tage, Tanz in Olten)
- Einrichtung eines städtischen „Kulturtopfes“. Kulturschaffende können sich mit Einzelprojekten um einen finanziellen Beitrag der Stadt Olten bewerben. Der Fonds wird mit jährlichen Beiträgen der Stadt Olten und Spenden Privater geäufnet

Finanzen

Für die SP sind die städtischen Finanzen ein zentrales Steuerungs- und Selbstbestimmungsinstrument für alle politischen Bereiche. Eine transparente Finanzpolitik erlaubt Bürgerinnen und Bürgern vernünftige Entscheide. Die Mittel sind mit einer rollenden Finanzplanung haushälterisch und nach prioritären Gesichtspunkten einzusetzen, sodass die städtischen Budgets längerfristig ausgeglichen sind. Verschuldung bedeutet Konsum auf Kosten der kommenden Generationen und über den Schuldendienst eine Umverteilung von unten nach oben.

Der Finanzbedarf richtet sich nach den prioritären Aufgaben für eine lebensfähige, lebenswerte Stadt. In der laufenden Rechnung ist sparsam zu wirtschaften, damit für ein stetiges Investitionsvolumen genügend Spielraum vorhanden ist. Für die SP heissen die Prioritäten soziale Sicherheit, Bildung, oekologisches Gleichgewicht und Gleichstellung der Geschlechter. Die Ausgaben richten sich nach dem Gemeinwohl und dem Existenz- und Grundbedarf aller.

→ *Verwaltung*

Eine antizyklische Finanzpolitik bringt über die Konjunkturzyklen hinweg ausgeglichene Finanzen. Zum Ausgleich von Konjunkturlauten kann sich die Stadt massvoll verschulden. In guten Zeiten müssen Schulden getilgt und Reserven zur Bildung von Investitionsvolumen geschaffen werden.

→ *Umwelt*

Die Finanzstrukturen müssen gesund sein. Der Steuerfuss muss so angesetzt werden, dass die Steuererträge für die Erfüllung der prioritären Aufgaben des Gemeinwesens ausreichen. Wunschbedarf ist transparent auszuweisen und durch allenfalls befristete Steuererhöhungen zu decken. Gebühren sind sozialverträglich nach dem Verursacherprinzip zu erheben und als Lenkungsinstrumente einzusetzen.

→ *Soziale Sicherheit*

Bei den Investitionen verhält sich die Stadt antizyklisch, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Durch ein angepasstes Investitionsvolumen erhöht und steigert die Stadt die Infrastruktur und damit die Voraussetzungen für soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt.

→ *Verwaltung*

Die Personalausgaben richten sich nach den zu erfüllenden Aufgaben. Dabei bietet die Stadt als Arbeitgeberin menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne. Beim Sachaufwand ist grosse Zurückhaltung nötig, wobei die Substanzerhaltung nicht vernachlässigt werden darf. Grössere Beiträge der Stadt an Private sind an Leistungsaufträge zu knüpfen. Aufträge sind an die günstigsten Anbieter zu vergeben, soweit sie ökologische Auflagen, die Gesamtarbeitsverträge und Anforderungen an die Gleichstellung einhalten. Fortschrittliche Arbeitsformen sind besonders zu berücksichtigen.

→ *Verwaltung*

Die Stadtbetriebe und Verwaltungsabteilungen arbeiten nach betriebswirtschaftlichen, aber nicht gewinnorientierten Grundsätzen, soweit diese nicht dem Gemeinwohl, ökologischen Erfordernissen und der sozialen Gerechtigkeit widersprechen. Mittels Globalbudgetierung für Ressorts und Abteilungen sind Prioritäten zu setzen und die Eigenverantwortung zu stärken. Teilbereiche können dazu verselbständigt werden und dürfen Gewinn erwirtschaften.

→ *Region*

Die Stadt Olten setzt sich für eine sinnvolle Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden ein. Aufgaben müssen auf der ihr entsprechenden Ebene gelöst und finanziert werden. Subventionen sind aufzuheben. Der Finanzausgleich ist an die Steuerkraft zu koppeln. Zentralörtliche Aufgaben sind regional oder kantonally mitzufinanzieren.

Massnahmen

- Schaffung eines Finanzreglementes, das eine rollende antizyklische und transparente Finanzplanung verlangt, Reservenbildung erlaubt, eine klare Prioritätensetzung fordert, das Verursacherprinzip sozialverträglich und ökologisch lenkend durchsetzt, Leistungsaufträge bei Beiträgen verlangt, die Abgeltung zentralörtlicher Aufgaben fördert, die Möglichkeit einer Globalbudgetierung einführt
- Überarbeitung des Submissionsreglementes
- Überprüfung zur Verselbständigung von Betriebs- und Verwaltungsbereichen
- Die Stadt Olten beteiligt sich an privatrechtlichen Aktiengesellschaften, an welche Teile von öffentlichen Aufgaben dauernd übertragen werden sollen, mit einer Mehrheit des Kapitals, damit die Gewinne überwiegend der öffentlichen Hand erhalten bleiben
- Bildung von regionalen Instrumenten für zentralörtliche Funktionen

Gemeindeorganisation

<p>Die Verwaltung hat heute vielfältige Aufgaben zu übernehmen, die hohe Anforderungen an das städtische Personal stellen. Diese Anforderungen sollen sich auch in angemessenen Löhnen ausdrücken. Wir möchten daran nichts ändern. Das Personal soll aber auch effizient und mit der entsprechenden Bereitschaft zur Leistung arbeiten. Effizienz und Leistung sollen kontrollierbar sein. Die interne Kontrolle von Effizienz und Leistungsbereitschaft in der Stadtverwaltung ist verbesserungsfähig. In diesem Zusammenhang sprechen alle von "new public management". Neoliberale meinen damit Sparpolitik mit Staatsabbau. Für die SP Olten ist dieser Begriff erstmal eine Modeströmung. In zweiter Linie heisst "new public management", auf den Punkt gebracht, effizientes staatliches Handeln durch aktive staatliche Ueberprüfungsmechanismen. Also nicht, weniger handeln, sondern wirkungsvoller und dort, wo es (nach wie vor) notwendig ist. Dass sich die SP Olten dabei in der Frage, wo und wieviel städtisches Handeln notwendig ist, von den neoliberalen Modeströmungen wesentlich unterscheidet, versteht sich von selbst.</p>	<p>→ <i>Finanzen</i></p>
<p>Die städtische Verwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb. In der Vergangenheit ist dies bei vielen in Vergessenheit geraten. Das städtische Personal soll den Ratsuchenden freundlich begegnen und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Andererseits sollen die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten auch daran denken, dass das städtische Personal nicht als persönlicher Kehrriechkübel hinhalten soll.</p>	<p>→ <i>Gleichstellung</i></p>
<p>Das Handeln der Verwaltung ist durch das Gebot der Gleichbehandlung geprägt. Angst vor einflussreichen Persönlichkeiten hat deshalb im Alltag der Verwaltung nichts zu suchen. Jeder soll unabhängig seiner Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe mit der gleichen Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft behandelt werden. Damit dies möglich ist, muss das Handeln der Verwaltung transparenter werden. Transparenz ist nur mit mehr Oeffentlichkeit herzustellen.</p>	
<p>Durch die Flut der Anfragen und die Last der täglichen Geschäfte hat in der städtischen Verwaltung das Erledigungsprinzip Eingang gefunden. Das stört die SP Olten nicht, wenn es dazu führt, dass die Geschäfte rasch und kompetent behandelt werden. Gegensteuer muss gegeben werden, wenn es dazu führt, unnötige Formalismen aufzubauen, die zu unverständlichen Entscheiden führen. Die Verwaltung sollte deshalb den Einwohnerinnen und Einwohnern bei der Erstellung der Gesuche behilflich sein; vor allem dann, wenn es sich bei ihnen um Laien handelt.</p>	
<p>Immer dann, wenn die öffentliche Hand über knappe finanzielle Mittel verfügt, steht von bürgerlicher Seite ein Personalstopp zur Diskussion. Die SP Olten hat dabei oft die direkte Gegenposition eingenommen und gegen jeglichen Personalabbau gekämpft. Diese Positionen müssen neu verhandelt werden. Die Aufgabenstellungen der öffentlichen Hand verändern sich ständig. In Bereichen, in denen staatliches Handeln heute als überholt erscheint, sollen auch Stellen gestrichen werden können. Hingegen soll auch in schlechten Zeiten Personal für neue dringende Aufgaben bereitgestellt werden, wenn die Stadtverwaltung auch in Zukunft funktionieren soll. Der Umfang der Aufgaben bestimmt die Personalkosten.</p>	<p>→ <i>Finanzen</i></p>
<p>Frauen in Kaderstellen gibt es in der Stadtverwaltung nach wie vor zuwenige. Eine Rahmenbedingung dafür, dass vermehrt qualifizierte Frauen in Kaderpositionen gesetzt werden können, wäre die Schaffung von Teilzeitstellen. Dort wo sich die Aufgabenstellungen abgrenzen lassen und Verantwortlichkeitsbereiche getrennt werden können, wäre dies ohne weiteres möglich. Der Stadtrat müsste hiebei nur ein wenig mutiger sein.</p>	<p>→ <i>Gleichstellung</i></p>

Massnahmen

- Verwaltungsinterne Überprüfung der Verwaltungsabläufe durch Stadträtinnen und Chefbeamte
- Erteilung von Leistungsaufträgen an das Personal mit klarer und zeitlich befristeter Aufgabenstellung
- Änderung der Arbeits- und Gehaltsordnung der Stadt Olten
- Der Beamtenstatus für Chefbeamtinnen und -beamte soll in eine öffentlichrechtliche Anstellung umgewandelt werden
- Überprüfung der vorhandenen Stellenverteilung und Neuordnung aufgrund des aktuellen Bedarfes
- Einrichtung einer modernen, kommunikationsfreundlichen und leistungsfähigen EDV- Lösung
- Schaffung von eigenständigen Arbeits- und Verantwortungsbereichen für das Personal
- Schaffung von Teilzeitstellen in Kaderpositionen
- Einrichtung von Teilzeitstellen
- Förderung der Teamarbeit
- Regelmässige Qualifikationsgespräche
- Indexgebundener, vom Kanton losgelöster, jährlicher Teuerungsausgleich
- Publikumsfreundliche Oeffnungs- und Bedienungszeiten
- Zielorientierte Weiterbildung des städtischen Personals
- Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns
- Laufbahnplanung für städtische Angestellte